Nr. 601a ♦ 40. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 301

Morgenausgabe

70 Milliarden

Bezugspreis:
Vom 23.—29. Dezember 1 Billion oder 1 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 23.—29. Dezember für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 1,35 Goldmark, für das übrige Ausland 1,60 Goldmark. Kreuzbandsendungen nur gegen vorherige vollständige Zahlung. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" u. „Siedlung und Kleingarten", sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark. Reklamezeile 3,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,08 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,50 Goldmark.
Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Donnerstag, den 27. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Weihnachtsrede des Reichskanzlers.

Am ersten Weihnachtsfeiertag hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Rede, die durch drahtlose Uebermittlung überall zu hören war. Zum ersten Male in Deutschland hat man dieses technische Hilfsmittel, das in England und Amerika sehr viel benutzt wird, gebraucht, um so das für politische Zwecke gesprochene Wort weit in das Land hinaus klingen zu lassen. Die Rede, die wir nachstehend wiedergeben, enthielt neben gewichtigen politischen Momenten eine Klage über die Not der Zeit. Gehört freilich haben sie nur die Besitzenden, die sich heute schon einen eigenen Radioempfänger leisten können. So war selbst trotz dieser nach heutigen Begriffen vollkommensten Form der Nachrichtenverbreitung die Rede nur einem Teil der Bevölkerung zugänglich, nur halb öffentlich. Die große Masse erfährt sie erst mit reichlicher Verspätung durch die Zeitungen. Zu wünschen ist freilich, daß gerade den Besitzenden der Appell des Reichskanzlers an die Opferbereitschaft und Steuerfreude endlich in den Ohren gellt.

Reichskanzler Dr. Marx führte aus:

Die Weihnachtslichter brennen — das Fest des Friedens ist da. Wie froh und festlich war es einst in allen deutschen Gauen, wenn wir dies deutscheste aller Feste feierten. Wenn es Geschenke gab für jeden in der Familie, für Angestellte und Arbeiter, Gaben, die Freude waren für die Geber und die Nehmenden. Heute sind es nur wenige, die geben und die empfangen können. Nicht einmal ein Weihnachtsbaum, der früher in jedem, selbst dem ärmsten Hause brannte, wird am heutigen Festtag in allen deutschen Häusern brennen können. Wir sind verarmt, so verarmt, daß Hunderttausende deutscher Volksgenossen schon froh sein werden, wenn sie an den Weihnachtstagen durch die zahlreichen Wohlfahrtseinrichtungen des In- oder Auslandes einmal in die Lage kommen werden, sich satt zu essen, ihren Hunger zu stillen. Am Weihnachtstag sollen wir dankbar derer gedenken, die Millionen unseres verarmten Volkes eine Mahlzeit und ein gemeinsames Beisammensein in warmen Räumen unter dem Lichterbaum bieten. **Wir müssen danken den edlen Menschen, die in Holland und Dänemark, in der Schweiz und der Tschechoslowakei, in Schweden und Norwegen, in Oesterreich und Amerika,** die allenthalben in der Welt geopfert haben für das darbende deutsche Volk, für die Aermsten der Armen, die mit dem Hungertode und mit heimtückischen Seuchen ringen.

Wir danken dem Auslande,

das für die deutsche Not Verständnis und Mitgefühl empfand, und wir danken auch gerade am Weihnachtstage mit besonderer Herzlichkeit den Auslandsdeutschen, die, wo sie auch immer ihre Existenz begründet haben, mit offenen Händen und deutschen Herzen gaben, was sie geben konnten. Wir danken auch den Deutschstämmigen in den verschiedenen Weltteilen und in den deutschen Nachbarländern, daß sie mit ihrer Liebestätigkeit ein so herrliches Beispiel gegeben und in so vielen, die bisher gleichgültig oder unwissend waren, die Erkenntnis der deutschen Not geweckt haben. Diese Hilfsbereitschaft menschlich Denkender in allen Ländern der Welt ist wie ein Lichtzeichen, das uns Hoffnung leuchtet in der Finsternis, Hoffnung, daß über Gedanken des Hasses und der Entfremdung doch einmal triumphieren soll der Gedanke menschlicher Nächstenliebe, menschlichen Verstehens und menschlicher Gemeinsamkeit.

Wenn wir Briefe und Kundgebungen erhalten aus den ehemals feindlichen Ländern, von Leuten, die einst selbst gegen uns im Felde gestanden haben, dann fühlen wir, daß trotz Verhetzung und immer wieder neu geschürten engherzigen Chauvinismus der Gedanke des

Friedens auf Erden

noch lebt. Aber trotzdem ist der wahre Friede noch fern, allzu fern. Heute noch schmachten Tausende und aber Tausende unserer deutschen Landsleute in finsteren Gefängnissen, fern von ihren Angehörigen, ohne Weihnachtsbaum, ohne Weihnachtsfreude, weil sie ihr Vaterland nicht verraten oder zu schädigen vermochten, weil sie deutsch waren und ihre Pflicht taten als Deutsche. Ihre Vaterlandsliebe, ihre Treue zu Volk und Reich führte sie in die Kerker. Ihrer, dieser edlen treuen deutschen Männer und Frauen, wollen wir heute besonders gedenken und mit ihnen fühlen. Ihnen gilt vor allem unser herzlicher Weihnachtswunsch nach Freiheit und Frieden.

Gerade unter den Lichtern des Weihnachtsbaumes wollen wir aber auch ferner derer gedenken, die ihr Deutschsein, ihre

Pflichttreue, als deutsche Beamte und Bürger vertrieben hat von Haus und Hof.

Zehntausende sind es, die, innerhalb weniger Stunden, oft sogar innerhalb weniger Minuten ihre Häuslichkeit räumen mußten, räumen mußten unter dem Zwang von Bajonetten und Maschinengewehren. Die alles zurücklassen mußten, was sie in langen Jahren mühevoller Arbeit und Pflichterfüllung sich erspart und angeschafft hatten. Die heute irgendwo fern von den Angehörigen in engen Räumen oder in kalten, unfreundlichen Notwohnungen untergekommen sind, deren Familienmitglieder in Gefängnissen schmachten oder von ihnen getrennt sind durch feindliche Willkür, diesen Deutschen, die in Zeiten größter Not ihrem Vaterland die Treue bewahrten, die alles hingaben, um getreu zu bleiben ihrem Deutschtum und ihrer Pflicht, diesen wackeren, hochherzigen Landsleuten gilt im besonderen unser Weihnachtsgruß. Mögen auch sie noch ihrem Darben und Leiden bald ein neues Heim finden, und möge ihnen die Gewißheit, daß jeder Deutsche ihre Pflicht- und Vaterlandstreue zu schätzen weiß und anerkennt aus aufrichtigem Herzen, **ein freudiger Trost sein am Weihnachtsabend.**

Trübe Weihnachten werden es auch noch für viele, leider viel zu viele andere sein. Der deutsche Mittelstand, der einst Weihnachten sorglos feiern konnte, ist zusammengebrochen. **In vielen Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenfamilien wird keine reine Weihnachtsfreude herrschen, weil Kündigungen und Erwerbslosigkeit sie befallen haben.** 1½ Millionen Vollerwerbslose gibt es im unbesetzten Deutschland, dazu fast 2 Millionen Kurzarbeiter. Hinzu kommen noch die etwa 2 Millionen Vollerwerbslosen im besetzten Gebiet und wohl ebensoviele Kurzarbeiter.

Noch nie war die Zahl derer, die kein täglich Brot verdienen konnten, größer.

Schmerzlich für alle Betroffenen ist auch der Beamtenabbau. Die Regierung aber mußte ihn beginnen, und ich habe dem zugestimmt, weil es nach den Zeiten der Inflationswirtschaft galt, den Reichshaushalt wieder auf eine solide Basis zu bringen, weil es galt, dem sonst unfehlbar drohenden Staatszusammenbruch vorzubeugen. Wollte die Regierung die Sanierung der kranken Volkswirtschaft erreichen, so mußte sie rigoros die Lösung zweier Aufgaben durchführen: sie mußte größte Sparsamkeitspolitik treiben, also den Beamtenapparat verringern, und die Gehaltssätze der Beamten auf das Existenzminimum herabsetzen, und sie mußte andererseits für neue Einkünfte sorgen. So entschlossen wir uns zur

Erschließung neuer Steuerquellen.

Wir sind uns im klaren darüber, daß die neuen Steuern dem Volk schwere Lasten auferlegen und daß sie einen Eingriff in die Substanz mit sich bringen. Wenn wir aber den Staat retten wollten, so mußten wir solche Maßnahmen durchführen. Ohne Staat keine Ordnung. In der Stadt wie auf dem Lande aber kann Ordnung, die allein Wirtschaftsgesundung und Wiederaufbau bringen kann, nur bewahrt werden durch Aufrechterhaltung der Staatsautorität. Die schweren Steuern also, die wir uns haben auferlegen müssen, kommen ihm wieder durch die Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung zugute. Das mögen alle diejenigen Kreise bedenken, die zurzeit die neuen Steuerverordnungen brutal finden. Wie in jeder Familie Einnahmen und Ausgaben balancieren müssen, so muß auch der Staat in Schuld und Abhängigkeit geraten soll, so muß auch der Staat seine Finanzen verwalten und unbedingt dafür sorgen, daß seine Ausgaben nicht seine Einnahmen überragen. Nur so ist eine Gesundung im Innern möglich.

Nicht allein durch innere Maßnahmen kann aber eine Sanierung erreicht werden. Sehr wesentlich wird eine

Gesundung der deutschen Verhältnisse von außen her bedingt

werden. Das deutsche Volk und die Reichsregierung wollen den Reparationsverpflichtungen weitmöglichst nachkommen. Wir wollen Reparationen leisten, soweit wir es vermögen und es in unseren Kräften steht. Wenn man uns freilich in unseren wirtschaftlich produktivsten Gebieten am Rhein und Ruhr nicht frei arbeiten läßt und wenn man gewaltsam produktive Wirtschaftsentfaltung in jenen Gebieten behindert, dann wird es nicht möglich sein, Reparationsleistungen zu vollbringen, wie es sonst möglich wäre. Wo durch Bajonette wirtschaftliche Resultate erzielt werden sollen, wird diese Arbeit nie erfolgreich und verdienstbringend gestaltet werden können. Nicht mit Gewalt und Unterdrückung läßt sich Produktionshebung und Wirtschaftlichkeit erreichen, sondern allein in friedlichem Schaffen ohne Hemmnisse und ohne Willkür. Ließe man Deutschland solchen Beweis des guten Willens vollbringen — er würde, davon bin ich überzeugt, überraschende Ergebnisse zeitigen. Denn immer galt der Deutsche in aller Welt als ein Mann der Arbeit, des Fleißes und der Pflichttreue. Und wenn man den Deutschen und gerade meine rheinischen Landsleute frei arbeiten läßt, — ich bin davon überzeugt, daß sie trotz der Unterernährung und Entkräftung wieder so fruchtbare Arbeit leisten würden, wie sie den Deutschen als Mann der Pflicht und hohen Arbeitsleistung angesehen gemacht hat in allen Ländern.

Wir haben erneut unseren

Willen zu ehrlicher, opfervoller Verständigung

bekundet. Mit uns richten sich die Augen ganz Europas, der ganzen Welt dorthin, wo sich erweisen muß ob auch auf der Gegenseite der aufrichtige Wille zur Heilung der durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen geschlagenen Wunden lebendig ist. Wir sind ein besiegtes Volk, aber ein großes Volk, das leben will, weil es ein Recht auf Leben, Arbeit und Wohlstand hat. Wir erwarten von der Gegenseite das offene, ehrliche Wort der Verständigungsbereitschaft zur Verständigung, wir erwarten vor allem aber endlich eine Tat der Verständigung. Es geht nicht nur um Deutschlands Not und Schicksal — es geht um den Frieden, die Ruhe Europas.

Der Weihnachtstag ist der Tag des Friedens, der Freundschaft, der großen, gütigen Menschenliebe. Uns Deutschen soll diese Weihnacht ein Tag der Hoffnung sein, aber auch ein Tag heiligen, harten Entschlusses. Wir wollen die Zähne zusammenbeißen und uns sagen, daß nur der verloren ist, der sich selbst verloren gibt. Wir wollen und müssen den Mut zum Leben behalten. Wir müssen, ob arm ob reich, zur Tat werden lassen das Wort: Arbeiten und nicht verzweifeln. Möge uns deshalb die Zukunft lichter sein und uns den Frieden bringen, der allen verheißen ist, die guten Willens sind.

Es folgten auf die Ansprache des Reichskanzlers Ansprachen der Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz (D. Vpt.), Dr. Fleischer (Ztr.) und Erkelenz (Dem. P.).

Wahlfragen in der französischen Kammer. Die Kammer beschäftigte sich gestern mit der Frage der Anzahl der Deputierten für die kommende Legislaturperiode. Der Minister des Innern Maunoury verlangte, daß der Status quo aufrechterhalten werde, daß es also bei der Zahl von 626 verbleibe. Hierdurch unterstützte die Regierung einen Antrag Gavini, der jedoch mit 359 gegen 160 Stimmen abgelehnt wurde.

Dreyfus' Unschuld.

Der dokumentarische Beweis nach 30 Jahren aus den deutschen diplomatischen Akten erbracht.

In diesen Tagen sind weitere Abschnitte der diplomatischen Aktensammlung des Auswärtigen Amtes der Oeffentlichkeit übergeben worden. Wie schon bei früheren Veröffentlichungen zeigt es sich, daß das meiste von dem, was diese Akten enthalten, nur noch geschichtlich-archivarischen Wert besitzt, auch wenn es sich auf Dinge bezieht, die zu ihrer Zeit zu den wichtigeren Ereignissen der internationalen Politik gehörten. Hin und wieder stößt man jedoch auf ein Schriftstück, das ein Hervorholen aus der Versenkung heute noch lohnt. So befindet sich in dem jetzt erschienenen neunten Band der Aktensammlung eine Reihe von Berichten und Telegrammen, die sich auf die Ursprünge jener berühmten Dreyfus-Affäre beziehen, die die öffentliche Meinung der ganzen Welt während eines Jahrzehnts in Atem gehalten hat. Man kann sogar sagen, daß die Nachwirkungen der Dreyfus-Affäre sich bis in die heutigen Tage bemerkbar machen, denn die ganze Agitation der royalistisch-faschistisch-antisemitischen „Action française" beruht ursprünglich auf der Behauptung, daß der ehemalige Hauptmann Dreyfus trotz aller Gegenbeweise und Kassationsurteile dennoch ein Verräter gewesen sei, den die französische „Judenrepublik" begnadigt und reingewaschen habe, um sich selbst zu retten.

Der Hauptmann im französischen Generalstab, Dreyfus, war am 1. November 1894 unter dem Verdacht des Landesverrates verhaftet worden, weil, wie in der Pariser Presse angedeutet wurde, man Beweise dafür hatte, daß er geheime Aktenstücke an die Militärattachés fremder Botschaften (Deutschland und Italien) hatte ausliefern wollen. Darüber war nun ein außerordentlich heftiger Pressefeldzug der meisten Pariser Blätter, nicht allein gegen den mutmaßlichen Verräter, sondern auch gegen die deutsche Botschaft inszeniert worden, die als deutsches Spionageinstitut bezeichnet wurde. Schon in einem ersten Bericht unter dem 29. November 1894 an den Reichskanzler, Fürsten v. Hohenlohe, beschwert sich der Botschafter, Graf Münster, über diese Beschimpfungen, gegen die er den Außenminister Hanotaux energisch um Schutz gebeten hatte, jedoch nur mit geringem Erfolg. Danach erging unter dem 13. Dezember 1894 ein weiterer längerer Bericht Münsters an Hohenlohe, dessen wichtigste Teile wir hier zum Abdruck bringen:

Nr. 299. Paris, den 13. Dezember 1894.

„Der Pressekrieg gegen die Militärattachés und selbst gegen die Botschaft wird mit einer Unverschämtheit geführt, die an die schlechteste Boulanger-Zeit erinnert. Die Presse hat dabei ganz andere Ziele, andere Gründe. Die Spionriecherei und was damit zusammenhängt, sind nur Vorwände. Sie fürchtet die Reaktion, fürchtet Repressivmaßregeln und weiß, daß die jetzige Regierung die zur Pressefrechheit gewordene Preßfreiheit einschränken möchte. . . .

. . . Am 19. d. M. wird Hauptmann Dreyfuß vor das Kriegsgericht gestellt. Findet die Verhandlung bei verschlossenen Türen statt, so wird die Pariser Presse einen wahren Hexentanz aufführen. Die Oeffentlichkeit der Verhandlung wäre für uns sehr erwünscht, es würden dadurch die vielen ganz unsinnigen Nachrichten und Erfindungen der Presse am besten widerlegt werden.

Die Version, welche am meisten verbreitet und vielfach geglaubt wird, ist die, daß die Polizei sich entweder durch Bestechung eines Dieners, andere sagen durch die Papiere aus dem Papierkorbe des Militärattachés, eine Liste verschafft, auf welcher Hauptmann Dreyfus Dokumente angegeben habe, über die er disponieren könne. Dieses Schriftstück soll Schriftgelehrten zur Begutachtung übergeben sein, um zu bestimmen, ob es die Handschrift des beschuldigten Hauptmannes sei. Sie scheinen darüber nicht einig zu sein. Daß die Polizei ein solches Schriftstück aus einer fremden Botschaft habe stehlen lassen, erscheint den Franzosen als eine schöne, moralische, patriotische Tat.

Die hiesige Regierung hätte doch ein Interesse, solche Anschuldigungen zu widerrufen, schweigt aber.

Vom Hauptmann Dreyfus hat niemand auf der Botschaft, auch Oberstleutnant von Schwarzkoppen (der deutsche Militärattaché. Red. d. „V.".), **etwas gewußt oder gehört.** Alles ist rein erfunden. Die Zeitungen haben behauptet, daß ich die Geheimhaltung der Verhandlungen verlangt habe. Im vertraulichen Gespräch mit Herrn Hanotaux (dem französischen Außenminister. Red. d. „V.".) kam die Rede darauf, worauf ich ihm sagte, ich könne dazu nichts sagen, aber wenn ich etwas dabei sagen könnte, so würde ich die Oeffentlichkeit verlangen. Der Minister gab mir recht und sagte, er wünsche es selbst auch, er werde aber jedenfalls versuchen, Licht in die Sache zu verschaffen.

Der Kriegsminister Mercier ist, wie auch bei mehreren anderen Gelegenheiten, auch bei dieser Untersuchung so ungeschickt gewesen, daß er unmöglich noch länger im Amte wird bleiben können.

Herr Hanotaux ist seit einigen Tagen recht ernstlich erkrankt.

Münster."

Es ist klar, daß der deutsche Botschafter in einem geheimen Bericht an den Reichskanzler nichts zu verschweigen brauchte

und daß es von ihm sinnlos gewesen wäre, mit einer solchen Bestimmtheit zu betonen, Dreyfus sei auf der Botschaft, auch dem Militärattaché, gänzlich unbekannt, wenn doch irgendwelche Beziehungen zu ihm bestanden hätten.

Die Angelegenheit sollte jedoch in den ersten Januartagen des Jahres 1895 ein ernstes diplomatisches Nachspiel haben, das erst jetzt durch diese Aktenveröffentlichung bekannt wird.

Dreyfus war vom Kriegsgericht zur Degradierung und lebenslänglicher Verbannung nach der Teufelsinsel verurteilt worden, aber der Pressefeldzug gegen die deutsche Botschaft wollte nicht aufhören. Der damalige Ministerpräsident Charles Dupuy erklärte dem Botschafter vertraulich, daß die Bestrafung Dreyfus' nach seiner Kenntnis der geheimen Verhandlungen des Kriegsgerichts zu Recht erfolgt sei, daß jedoch, soweit er (Dupuy) vernehmen könne, „der Verdacht nicht nach der deutschen Seite hin gegangen sei".

Kraft dieser Erklärung ersuchte nun Hohenlohe im Auftrage des Kaisers den Botschafter am 4. Januar telegraphisch, den Präsidenten der französischen Republik zu einer Bestätigung dieser Auskunft des Ministerpräsidenten zu veranlassen:

„Wenn dies richtig ist, dann erwartet Seine Majestät der Kaiser von der Loyalität des Präsidenten der Republik, daß derselbe diese Tatsache, deren längere Verdunkelung geeignet ist, einem Vertreter der allerhöchsten Person den Aufenthalt in Paris zu erschweren, amtlich und öffentlich richtigstellen lassen wird.

C. Hohenlohe."

In einem weiteren Telegramm vom 6. Januar, unterzeichnet vom Staatssekretär Marschall, wurde für den Fall, daß die erwartete amtliche Klarstellung ungenügend ausfallen würde, ein zu veröffentlichender Notenwechsel als Ergänzung in Aussicht gestellt.

Ueber diesen deutschen Schritt entstand nun in Paris eine große Bestürzung. Der Präsident der Republik, Casimir-Périer, gab dem Botschafter eine andere Darstellung der Anklagepunkte gegen Dreyfus, als Dupuy und erwähnte zum ersten Male die Existenz jenes Konzeptes, des berühmten bordereau, das in dem Papierkorb des deutschen Militärattachés gefunden worden war und von der Mehrheit der zugezogenen Handschriftsachverständigen Dreyfus zugeschrieben wurde. Aus ihm mußte allerdings für die Franzosen die Beteiligung der deutschen Botschaft an dieser Spionageangelegenheit klar hervorgehen, allein sie konnten nicht wissen, daß es in Wirklichkeit von einem anderen französischen Offizier, von dem aus Ungarn gebürtigen, naturalisierten Major Esterhazy stammte, der erst mehrere Jahre später entlarvt wurde und nach London flüchtete, wo er erst vor wenigen Wochen gestorben ist. Auch Graf Münster wußte nichts davon, weil der Militärattaché Oberstleutnant v. Schwartzkoppen ihm zwar wahrheitsgemäß erklärt hatte, er habe mit Dreyfus niemals etwas zu tun gehabt, aber unverantwortlicherweise sogar ihm gegenüber verschwiegen hatte, daß er mit Esterhazy in Verbindung stand.

Und nun ergab sich daraus die eigenartige Situation, daß Graf Münster den französischen Staatsmännern gegenüber im besten Glauben sein Wort verpfändete, daß die deutsche Botschaft von dem bewußten Konzept nicht die geringste Kenntnis gehabt habe und infolgedessen auf seiner Forderung bestand; während andererseits der Präsident der französischen Republik höflichkeitshalber so tat, als schenkte er dieser Versicherung uneingeschränkten Glauben, aber die gewünschte öffentliche Erklärung nur dann herausgeben wollte, wenn sie sich auf alle Botschaften in Paris beziehen würde:

„Umfasse das Dementi alle Botschaften in Paris, so sei doch die deutsche unbedingt mitgemeint. Würde die allein genannt, so werde der Verdacht auf die anderen gelenkt, außerdem würde der Vorwurf, die französische Republik werde durch Deutschland regiert, wiederholt werden." (Telegraphischer Bericht Münsters an das Auswärtige Amt vom 6. Januar.)

Der Ministerpräsident Dupuy, mit dem Münster unmittelbar danach Rücksprache hielt, wollte zunächst überhaupt keine Erklärung veröffentlichen lassen, gab jedoch nach, als der deutsche Botschafter die Veröffentlichung eines Notenwechsels in Aussicht stellte, und schlug ein Dementi vor, das das Berliner Auswärtige Amt zunächst für ungenügend erklärte und durch einen Zusatz präziser haben wollte. Ueber diesen Zusatz entwickelte sich nun zwischen Paris und Berlin ein scharfer diplomatischer Kuhhandel, wobei man in der Wilhelmstraße sogar mit dem Gedanken einer Beurlaubung des deutschen Botschafters auf längere Zeit, also einer milderen Form des Abbruches der diplomatischen Beziehungen, spielte. Schließlich einigte man sich am 9. Januar über eine Kompromißformel und damit war die Angelegenheit aus der Welt geschafft. Allerdings nicht für den unschuldig Verurteilten, der kurz danach nach der Teufelsinsel verschickt wurde.

Hätte die deutsche Regierung damals von sich aus den Mut aufgebracht, wenn auch entgegen den diplomatischen Sitten, öffentlich das gleiche zu erklären, was ihr der Botschafter, Graf Münster, vertraulich berichtet hatte, nämlich, daß niemand auf der deutschen Botschaft den Hauptmann Dreyfus kenne, dann wäre wahrscheinlich die ganze Affäre doch in ein anderes Fahrwasser von Anfang an gekommen. Es bedurfte der deutschen Revolution und des Beschlusses der Nationalversammlung der deutschen Republik auf Veröffentlichung sämtlicher Akten des Auswärtigen Amtes, um nach fast 30 Jahren diesen dokumentarischen Unschuldsbeweis vor aller Oeffentlichkeit zu erbringen.

Bayerisches Recht für Deutschland.

Emmingers Justizverordnungen.

Der bayerische Staatsanwalt Emminger, der gegenwärtig als Reichsjustizminister fungiert, hat die von ihm angekündigte Notreform der Justiz durch zwei Ausnahmeverordnungen auf Grund des § 48 der Reichsverfassung bereits in die Wirklichkeit übergeführt.

Die erste Verordnung gibt dem Oberreichsanwalt die Berechtigung, in den an sich zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörigen Strafsachen wegen Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse die Verhandlung an ein Oberlandesgericht zu verweisen. Auch das Reichsgericht selbst kann eine solche Ueberweisung aussprechen, solange die Hauptverhandlung noch nicht begonnen hat; auch in diesem Fall ist der Antrag des Oberreichsanwalts notwendig.

Die Justizministerien der einzelnen Länder können ein bestimmtes Oberlandesgericht als dasjenige bezeichnen, dem alle derartigen Aufgaben zuzuteilen sind. An dessen Stellen kann, wie es im Schlußsatz des § 3 heißt, auch „das Oberste Landesgericht" treten.

Ein solches „Oberstes Landesgericht" gibt es nur in Bayern.

Auf dem Umwege über die Notverordnung wird also hier dem partikularistischen Streben in Bayern die Bahn geöffnet, dem Münchener „Obersten Landesgericht" in aller Form Rechtens die Befugnis übertragen, in Landesverratsprozessen an Stelle des Reichsgerichts zu amtieren. Bayern hat bisher ja schon seine eigene Rechtspraxis gehabt und den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik durch einen Kahrschen Federstrich ausgeschaltet. Aber daß diese partikularistische Praxis jetzt auch noch einen Schimmer von rechtlicher Basis erhält, dazu war erst ein bayerischer Reichsjustizminister nötig!

Ebenso schlimm wie diese Ausschaltung des Reichsgerichts ist die durch eine zweite Verordnung verfügte angebliche Beschleunigung des Strafverfahrens. Die Schwurgerichte werden zum größten Teil völlig ausgeschaltet. Straftaten, die sonst zu ihrer Zuständigkeit gehörten, wie etwa Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung, Mord, Totschlag, Raub und räuberische Erpressung werden jetzt einfach den Strafkammern zur Aburteilung überwiesen, soweit nicht sogenannte Sondergerichte in Frage kommen. Allerdings kann die Staatsanwaltschaft oder, nach Einreichung der Anklageschrift, auch das Gericht die Sache wieder dem Schwurgericht überweisen. Aber da die Tendenz der Verordnung nach Emmingers Zeugnis dahin zielt, die Laien aus der Rechtsprechung auszuschalten, dürfte solche Ueberweisung nur sehr selten vorkommen. Um so mehr, als ja beschleunigte Rechtsprechung gefordert wird!

Selbst das Verfahren vor der Strafkammer wird um der „Beschleunigung" willen wichtiger Rechtsgarantien entkleidet. Die Anklageschrift braucht nicht mehr wie bisher die wesentlichen Ergebnisse der stattgehabten Ermittlungen zu enthalten, und der Umfang der Beweisaufnahme wird vom Gericht nach freiem Ermessen bestimmt. Der Angeklagte hat also keinen Anspruch auf Vernehmung der von ihm geladenen Zeugen. Rechtsmittel gegen die Urteile der Strafkammer gibt es nicht, nur ein Wiederaufnahmeverfahren ist zulässig. Allerdings findet dieses auch dann statt, wenn Tatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, die es notwendig erscheinen lassen, die Sache im ordentlichen Verfahren nachzuprüfen.

Die bayerische Praxis der „Volksgerichte", die keine Berufung und keine Revision kennen — man denke an den skandalösen Fall Fechenbach und die ebenso skandalösen Urteile gegen die in Niederschönenfeld lebendig Begrabenen —, wird also jetzt durch einfache „Verordnung" über das ganze Reich ausgedehnt. Der Reformator Emminger macht seinem großen Vorbild Kahr also alle Ehre. Es ist schon bedenklich genug, daß die innerpolitischen Kämpfe zur Einsetzung von politischen Sondergerichten zwangen. Aber daß, angeblich der Ersparnis halber, auch im normalen Strafverfahren so gut wie alle Rechtssicherungen beseitigt werden, das konnte doch nur ein bayerischer Staatsanwalt aus der Schule Kahrs fertig bringen.

Reichsregierung und Thüringen.

Die von uns mitgeteilte Absicht der Reichsregierung, für Thüringen einen deutschnationalen Reichskommissar zu ernennen, wird von Wolffs Telegraphenbureau prompt dementiert. Trotzdem wird allerhand gemunkelt über eine für Thüringen zu bestimmende Untersuchungskommission. Das „Berliner Tageblatt" macht eingehende Mitteilungen über Beschwerden der vier nichtsozialistischen Parteien (Deutschnationale, Landbund, Volkspartei und Demokraten). Die Beschwerden richten sich hauptsächlich gegen die Beamtenpolitik, aber auch gegen die Finanzgebarung. Besonders wird Anstoß daran genommen, daß die thüringische Regierung die Versetzung sämtlicher Beamten von der Gruppe VII an in den einstweiligen Ruhestand für zulässig erklärt habe und es wird die Befürchtung ausgesprochen, daß der Beamtenabbau von der thüringischen Regierung „einseitig gehandhabt" werde. Ferner wird Klage darüber geführt, daß im Schulwesen aus anderen deutschen Ländern zahlreiche sozialistische Kräfte herbeigeholt seien, deren Befähigung bezeichnenderweise auch in der Beschwerdeschrift nicht angezweifelt wird. Daß die Finanzen aller deutschen Länder nicht erstklassig sind, ist bekannt und damit wird für Thüringen nichts Neues gesagt.

Es scheint die Absicht bestanden zu haben, auf Grund des § 48 Abs. 2 der Reichsverfassung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" die thüringische Regierung nach sächsischem Muster abzusetzen. Wir halten diese Art der Anwendung des § 48 für vollkommen unvereinbar mit dem Wortlaut wie mit dem Geist der Verfassung. Es ist dringend zu hoffen, daß es der sozialdemokratischen Fraktion gelingen wird, im Reichstag eine präzise Fassung dieses Paragraphen durch ein Ergänzungsgesetz durchzubringen, da die Regiererei auf Grund von § 48 innen- und außenpolitisch unhaltbare Zustände geschaffen hat. Das

Der „klassische" Rabatt.

Von Emil Rath.

Auf den vom lebhaften Verkehr durchpulsten Groß-Berliner Straßen feiern mehr oder weniger solide Verkaufsstätten aller Art ihre Orgien, wachsen im Morgennebel geisterhaft schnell aus dem Boden empor, schwanken im trüben Mittagsglast hin und her, welken in der Abenddämmerung unter dem zuckenden Lichterglanz knoblauchduftender Karbidflammen dahin und werden mehr oder minder zündender Brennpunkt an- und abschwellender Menschenmassen, speien Feuerzeuge, fabelhaft billige Seifen, Parfümflaschen, Weihnachtskerzen, Feuerzeuge, Radierungen, Holzschnitte, Porzellane, Gummiabsätze und hunderterlei Dinge in ein kauflüsternes, meist geldarmes Menschenknäuel, überschattet vom pathetischen oder monotonen Redeschwall ihrer Inhaber. Aber in der Brandung einsame Inseln: Buchwagen.

Spärliche Besucher mit Brillen, kritischen Blicken und schadhaften Wintermänteln mustern und wägen. Ich trete dazu. Ein primitives Schild: „Auf Klassiker 10 Prozent Rabatt!"

„Ein Skandal!" murmelt der eine grimmig und rückt unruhig den breitrandigen Hut hin und her. „Rabatt auf Klassiker! Mit anderen Worten: Den Mist geben wir im Dutzend billiger ab!"

Ein Hagerer schaut ihn mißbilligend von der Seite an und entgegnet scharf:: „Ein irriger Standpunkt, mein Herr! Man will auch dem armen Manne den Kauf der Klassiker ermöglichen. Goethe sollte in keinem deutschen Hause fehlen."

Der mit dem breitrandigen Hut wirft mit geringschätzigen Lippen ein paar Worte hin: „Z. B. Goethes Tagebuch!"

Der Hagere ereifert sich: „Ob „Tagebuch" oder „Wahlverwandtschaften", ob Goethe oder Zschokke — der Rabatt ist gewissermaßen die materielle Schutzwand, die sich zwischen diese und Leute vom Schlage der Courths-Mahler schiebt."

Der Hut: „Lächerlich. Sie ist die meistgelesene Schriftstellerin. Der ist mit 10 Prozent Rabatt nicht beizukommen. Im Gegenteil: Der einfache Mann urteilt nach dem Wert des Buches. Das billigere Buch bedeutet für ihn geistig mindere Güte. Der Rabatt auf Klassiker ist wie die Geste eines Hundes an der Straßenecke. Eine Prämie auf Pornographie."

Der Hagere lacht auf. „Es gibt auch klassische Pornographie." Der Hut zittert entrüstet. „Also für Sie geht die Linie der Pornographie unbeirrt über Goethes „Tagebuch" und Schnitzlers „Reigen" zum anderen „Reigen"... Für Sie liegt alles in einer Ebene..." Seine Mundwinkel krümmen sich verächtlich. „Rabatt auf Klassiker! Wer Goethe haben will, kauft ihn auch ohne Rabatt. Ich will keinen Rabatt-Goethe. Keinen Rabatt-Schiller. Mir gilt das Buch — nicht der Preis. Soll man auf Bilderbücher für Kinder meinethalb Rabatt geben. Aber Klassiker werden durch Rabatt nur entwürdigt!" Die kleinen Augen schießen Blitze auf den Hageren. Dem schwebt eine bittere Entgegnung auf den Lippen. Da kommt ein Käufer. Beide schauen erwartungsvoll auf ihn, ihre Gedanken schneiden sich auf der einen Linie: Seine Tat soll delphinisches Orakel sein. Ihre Augen verfolgen gierig die tastenden Bewegungen seiner fetten Hände, die plötzlich innehalten. Eine rauhe Stimme ruft zu dem schier wesenlosen Inhaber des Karrens jovial hinüber: „Sie, wat kosten die Liebesbriefe der Ninong Längkios?"

Der Hagere und der andere schauen sich an, abbittend fast, ziehen hochachtungsvoll voreinander den Hut und streben davon, die nebelfeuchte Straße entlang, leises Frösteln in Hirn und Herz.

Lachende Worte.

(Aus den soeben im Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker erscheinenden „Freien Gedanken, Sprüche der Freiheit, Weisheit und Gerechtigkeit von Dichtern und Denkern aller Zungen"; gesammelt und herausgegeben von Ernst Preczang.)

Denn der Große frißt den Kleinen,
Und der Größte frißt den Großen.
Also löst in der Natur sich
Einfach die soziale Frage. (Scheffel.)

Was gibt es doch für sonderbare Tröpfe!
Wo ist hier Logik und Verstand?
Sie haben grad die schwächsten Köpfe
Und wollen damit durch die Wand.
(Preczang.)

Neben dem Gesetz der Trägheit gibt es eine Trägheit der Gesetze.
(Guradze.)

Raste nie, doch haste nie.
Sonst haste die
Neurasthenie! (Hartleben.)

Man macht aus deutschen Eichen
Keine Galgen für die Reichen. (Heine.)

O glücklich, wer noch Vettern hat,
Dem glänzet noch ein Morgenrot;
Er wird, wenn nicht Geheimerrat,
Doch etwas noch vor seinem Tod.
Wohl tut's dem armen Adam weh,
Daß Gott ihm nicht sein Eden ließ.
Er hatte keine Vettern je,
Sonst säß er noch im Paradies.
(Hoffmann von Fallersleben.)

Der Aemter Last ist groß, schwer sind die hohen Würden,
Drum pflegt man beide gern den Eseln aufzubürden.
(Morhof.)

Auszeichnung hier erwarte nie,
Denn das System verbeut's;
Man hängt das Kreuz nicht ans Genie,
Nein, das Genie ans Kreuz. (Grillparzer.)

Hochpoetisch, herzerbauend
Sind Ruinen, wunderschön.
Wunderschön die düstern Mienen
Durch das grüne Laubgewind'!
Doch das Schönste an Ruinen
Ist — daß sie Ruinen sind. (Glaßbrenner.)

Beine hat uns zwei gegeben
Gott der Herr, um fortzustreben;
Wollte nicht, daß an der Scholle
Unsre Menschheit kleben solle;
Um ein Stillstandsknecht zu sein,
Gnügte uns ein einz'ges Bein. (Heine.)

Vor einem Pferde muß man sich von hinten, vor einem Weibe von vorne, vor einem Pfaffen von beiden Seiten in acht nehmen.
(Polnisches Sprichwort.)

Wenn ein Kopf und ein Buch zusammenstoßen und es klingt hohl, ist denn das allemal im Buche? (Lichtenberg.)

Jeder kommt einmal in die Flegeljahre. Das ist nicht schlimm. Schlimm ist's, wenn einer nicht wieder herauskommt.
(Preczang.)

Es gibt der Esel, welche wollen,
Daß Nachtigallen hin und her
Des Bäckers Säcke tragen sollen —
Ob recht, fällt mir zu sagen schwer.
Das weiß ich: Nachtigallen wollen
Nicht, daß die Esel singen sollen. (Bürger.)

Die Fliege, die nicht geklappt sein will, setzt sich am sichersten auf die Klappe selbst. (Lichtenberg.)

Jeder nach seinem Sinn
Wählt seiner Freuden Ort:
Der Rosenkäfer hier,
Und der Mistkäfer dort. (Rückert.)

Von der russischen Tibet-Expedition. Wie die „Times" meldet, hat die Tibet-Expedition des russischen Forschungsreisenden Oberst P. Kozloff jetzt glücklich die Grenzen der östlichen Mongolei überschritten und damit ihr eigentliches Forschungsgebiet erreicht. Kozloffs Gesellschaft, die aus 22 Personen besteht, will in einer dreijährigen Reise Tibet und die angrenzenden Gebiete erforschen. Der erste Gegenstand soll die „tote Stadt" Kharo-Khoto sein, die Kozloff auf einer früheren Reise entdeckte und in der er u. a. eine Bibliothek von 2000 seltenen Bänden fand. Die Chinesen haben der Expedition Schwierigkeiten in den Weg gelegt, weil sie fürchten, daß die wissenschaftlichen Ziele nur ein Vorwand seien, um bolschewistische Propaganda zu treiben.

Ludwig Wüllner veranstaltet am 27. d. M., abends 8 Uhr, im Beethoven-Saal einen Goethe-Abend. Das Programm enthält u. a.: „Szenen aus Egmont".

Ein Konzert zugunsten notleidender Künstler findet am 4. Januar im großen Saale der Philharmonie statt. Mitwirkende sind das Philharmonische Orchester und eine Anzahl hervorragender Künstler. Das Protektorat hat der Reichspräsident übernommen. Professor Max Liebermann wird eine Ansprache erhalten.

„Rhythmik des Tons und der Bewegung". Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 577 teilen wir mit, daß die Kurse der Dalcroze-Schule (rhythmische Gymnastik, Gehörbildung und Improvisation), Alt-Apostelkirche 7, stattfinden.

Reich hat durch die Verfassung weitgehende Kontrollrechte über die Länder bekommen und wir sind einer Beschneidung dieser Kontrollrechte, wie sie jetzt von Bayern gefordert wird, durchaus abgeneigt. Glaubt die Reichsregierung in irgendeinem Punkte der thüringischen Regierung berechtigte Vorhalte machen zu können, so ist sie berechtigt und verpflichtet, auf Grund der Bestimmungen der Reichsverfassung, wenn sie zu keiner Verständigung mit einer Länderregierung kommen kann, den Staatsgerichtshof entscheiden zu lassen. Es wäre unerträglich, wenn durch dauernde Ausnahmeverordnungen dem Idealzustand aller Reaktionäre, der Herrschaft gesetzloser Willkür durch Schaffung von Präjudizien Vorschub geleistet würde. Im übrigen scheinen die verstärkten Angriffe gegen Thüringen im Augenblick viel mehr den Wahlbesorgnissen der bürgerlichen Parteien als sachlich berechtigten Einwendungen zu entspringen. Schon deshalb muß diese Art Politik, die eine unbequeme Länderregierung durch Vergewaltigung zu beseitigen sucht, von vornherein entschieden zurückgewiesen werden.

Der deutsche Schritt in Paris und Brüssel.

Berlin, 28. Dezember. (WTB.) Die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel haben bei ihrer neuen Demarche vom 24. Dezember die Vorschläge der Reichsregierung für die Herstellung eines modus vivendi in den besetzten Gebieten näher präzisiert. Wie bereits von der Agence Havas und der Agence Belge gemeldet wurde, handelt es sich dabei um die Frage des Wirtschaftsverkehrs der besetzten Gebiete mit dem unbesetzten Deutschland und mit dem Auslande, um Geld- und Währungsfragen, insbesondere die Errichtung einer Rheinisch-Westfälischen Notenbank, um Fragen der Rheinschiffahrt und des Eisenbahnverkehrs, sowie endlich um Fragen der allgemeinen Verwaltung und Gesetzgebung. Die beiden Geschäftsträger haben im Anschluß an die Besprechung eine Aufzeichnung über diese Fragen überreicht. Der französische Ministerpräsident und ebenso der belgische Außenminister haben versprochen, die Aufzeichnungen zu beantworten, nachdem darüber eine Verständigung zwischen Paris und Brüssel und — soweit noch andere Alliierte beteiligt seien — auch eine Verständigung mit ihnen erzielt sei.

Pariser Stimmungsmache gegen das deutsche Manöver.

Paris, 25. Dezember. (WTB.) Ueber den gestrigen Schritt des deutschen Geschäftsträgers, Botschaftsrat von Hoesch, beim Ministerpräsidenten Poincaré schreibt der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas, nachdem er festgestellt hat, daß völliges Stillschweigen über den Verlauf der Unterredung seitens der französischen Regierung gewahrt wird, man könne wohl annehmen, daß die deutsche Regierung wünsche, daß die Zollschranke, die das Ruhrgebiet und das Rheinland vom nichtbesetzten Deutschland trenne, ebenso verschwinde wie die Eingangszölle, die beim Eintritt ins Besetzungsgebiet erhoben würden. Was die

Währungsfrage

anlange, habe man in Berlin die Gefahr erkannt, die eine Lösung unter Ausschluß der deutschen Regierung nach sich ziehen würde, besonders wenn die Rheinisch-Westfälische Emissionsbank unter Beiseiteschiebung deutschen Kapitals gegründet würde. Was die

Wiedereinstellung der ausgewiesenen Beamten

angehe, werde namentlich die Wiederzulassung der Eisenbahner und der Schiffer verlangt, um den Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsverkehr zu verbessern. Alle diese Vorschläge müßten des Näheren daraufhin geprüft werden, in welchem Maße sie die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten und die Reparationszahlungen erleichtern sollten. Man könne sicher sein, daß die Kabinette von Brüssel und Paris, durch die Erfahrung gewitzigt, alle Garantien ergreifen würden, um nicht durch verfrühte Maßnahmen den Wert des Pfandes zu schmälern, das Belgien und Frankreich im Ruhrgebiet genommen haben.

Aehnliche Gedanken werden auch von einigen anderen Morgenblättern, so namentlich vom „Figaro", zum Ausdruck gebracht, der in etwas positiverer Form erklärt, das deutsche Manöver ziele darauf hin, Frankreich die Pfänder zu entreißen.

Der „Matin" beurteilt den deutschen Schritt in anderem Sinne, indem er sagt, es sei natürlich, daß die deutschen Industriellen ohne Behinderung mit den auswärtigen Märkten Handel treiben wollten, von denen das nichtbesetzte Deutschland der wichtigste sei. Es beständen jedoch noch zahlreiche Hindernisse, nicht nur für den Personen-, sondern auch für den Warenverkehr, die volle Tätigkeit der besetzten Gebiete sei also noch ernstlich behindert. Einschränkungen seien nach Ansicht der deutschen Regierung für die Erreichung des Zieles, das Frankreich und Belgien anstrebten, nämlich die rheinisch-westfälische Produktion zur Hauptstütze der Reparationszahlungen zu machen, hinderlich.

Ein dritter amerikanischer Sachverständiger.

Paris, 25. Dezember. (WTB.) Zum dritten amerikanischen Delegierten für die von der Reparationskommission einzusetzenden Untersuchungsausschüsse ist von amerikanischer Seite gestern Henry Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angeles und Kalifornien, ausersehen. Robinson soll dem Untersuchungsausschuß über die Kapitalflucht angehören. Nach der „Chicago Tribune" ist er einer der angesehensten Bankiers in den westlichen Staaten und genießt den Ruf einer Autorität.

Düsseldorfer Schupoprozeß.

Todesstrafe gegen Genossen Grützner beantragt.

Düsseldorf, 26. Dezember. (WTB.) In der heutigen Verhandlung gegen die Schupo, die mit den Plaidoyers ausgefüllt war, beantragte der Anklagevertreter Lelen für Dr. Grützner wegen Mordes die Todesstrafe, für die abwesenden Angeklagten Leutnant Beyer, Oberleutnant Bodenstein, Polizeikommissar Esser die Höchststrafe, d. i. lebenslängliche Zwangsarbeit. Für Oberleutnant Pohl, der die Hauptverantwortung trage, beantragte er die Zwangsarbeit, ebenso für Hauptmann Pfeffer, für Oberleutnant Hübner und für Hauptmann Pahlack läßt der Staatsanwalt die Anklage auf Totschlag fallen; für Leutnant Vogt hält er die Anklage nicht aufrecht. Bezüglich der Schupo überläßt er dem Gericht zu urteilen, welche Strafen ihnen zukämen. Für den städtischen Polizisten Krieg beantragte er eine hohe Gefängnisstrafe. Für den Stadtsekretär Renkirchen läßt er wegen nicht genügender Beweise die Anklage fallen. Der Anklagevertreter schloß sein Plaidoyer mit dem Verlangen eines gerechten (!) Urteils.

Faschistenüberfall in Rom. Der Abgeordnete Amendola wurde gestern von unbekannten Personen überfallen und schwer mißhandelt; er mußte in ein Krankenhaus gebracht werden, doch hoffen die Aerzte, daß er in 14 Tagen genesen werde. Die Polizei stellt Nachforschungen nach den Tätern an, die entkamen.

Der geborgte Weihnachtsbaum.

Weihnachtsabend! Hier und da kommen weiße und bunte Lichte an grünen, vielfarbig geschmückten Tannenbäumen. Weihnachtslieder erklingen, alte, wohlbekannte Weisen, einfach, schlicht und anheimelnd für den, der eine warme Stube hat, jetzt, wo es draußen stürmt und schneit, daß der Schnee sich meterhoch türmt. Solche Lieder kann nur der singen, der Frieden in sich fühlt, der es über sich bringt, in einer Welt von Kampf und Haß sich auf sich selbst zu besinnen. Wenn aber die Not ins Grenzenlose steigt, wenn der Hausrat Stück um Stück zum Trödler wanderte, so daß kaum noch Tisch und Stuhl und eine dürftige Lagerstatt übrig blieben, und wenn dann noch kleine, unschuldige Kinder da sind, die noch mit großen Wunderaugen die leuchtenden Flammen an den Tannenbäumen der andern sehen, und die vorwurfsvoll bange Frage laut wird, warum gerade sie Weihnachten nicht im Lichterglanz feiern dürfen, dann schnürt sich den Eltern die Kehle zu und keine freudigen Wünsche, kein freundliches Weihnachtslied klingt in der kalten, ungemütlichen Wohnung, und sie empfinden dann die Last ihrer Not mit doppelter Wucht. Traurige Weihnachten . . . die Großen verschließen ihre Sorgen in sich, die Kinder aber tragen ihr Leid zu anderen Leuten. Wenn auch die Mildtätigkeit gerade kein zu häufiger Gast in unseren Tagen ist, so regt doch Kinderwort, das von Leid und geheimen Wünschen spricht, zum Helfen an.

Irgendwo im großen Berlin sahen Vater und Mutter und einige Kinder solchen traurigen Weihnachten entgegen. Keine warme Stube, kaum etwas Brot, und erst recht keinen Weihnachtsbaum. Das kleinste weint laut. Da klopft es. Die Nachbarin. „Ihre Kleine hat mir erzählt, daß Sie keinen Baum haben. Wir haben einen. Wir wollen aber erst morgen, am ersten Feiertag, bescheren, und da könnten Sie ja heute abend das Bäumchen nehmen und, wenn wir bescheren wollen, holen wir es uns wieder, und Sie kommen alle zu uns rüber. Kommen Sie man und machen Sie es sich ein bißchen gemütlich." Da half kein Widerstreben. Bald brannte im Ofen ein wärmendes Feuer. Ein Tuch, blendend weiß gewaschen, deckte den Tisch, und darauf prangte der geborgte Weihnachtsbaum. Unter ihm lagen Pfefferkuchen und Aepfel. Während alle diese Herrlichkeiten in der dürftigen Stube wuchsen, waren die Kinder draußen. Als sie wieder hereindurften, war es ihnen wie ein Wunder. Still, staunend sahen sie die Veränderung. Schließlich wurde es doch noch ein gemütlicher Weihnachtsabend. Ein heller Schein war durch den Raum der Not gegangen.

Eisenbahnkatastrophe bei Oranienburg.

1 Toter — 4 Schwerverletzte.

Ein schwerer Eisenbahnzusammenstoß ereignete sich am 1. Weihnachtsfeiertag vor dem Bahnhof Oranienburg. Der Vorortzug Berlin—Oranienburg konnte des starken Schneegestöbers wegen nicht in die Halle des Bahnhofes einfahren. Der Sturm hatte große Schneewehen vor der Halle zusammengetrieben, so daß eine Einfahrt nicht möglich war. Der Fernzug 205 Berlin—Neustrelitz, der um 6 Uhr 20 Min. Oranienburg passieren soll, konnte des starken Schneesturmes wegen weder das Haltesignal erkennen noch den Vorortzug sehen. Der Zusammenstoß war so stark, daß die beiden letzten Wagen des Vorortzuges die Böschung heruntergeschleudert wurden, der dritte Wagen quer über das Gleis gestellt und mehrere andere aus den Schienen gehoben wurden. Bei den beiden an der Böschung herabgestürzten Wagen explodierten die Gasbehälter, wodurch die Wagen in Brand gesetzt wurden. Vier Personen wurden verletzt. Der Postbeamte Paul Pohl erlitt so schwere Brandverletzungen, daß er an den Folgen starb. Der Lokomotivputzer Herrmann, ein Mann namens Siebert und ein Zeitungsausträger Escheri erlitten schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen. Bei der Schwere des Zusammenstoßes ist die geringe Anzahl der Toten und Verletzten nur dem glücklichen Umstande zuzuschreiben, daß der Vorortzug Berlin—Oranienburg schwach besetzt war. Die Aufräumungsarbeiten, die durch das Unwetter sehr erschwert wurden, dauerten bis zur Mittagszeit. Bis dahin mußte der Betrieb eingleisig durchgeführt werden.

Ankunft der Berliner Kinder in Wien.

Die von unseren Wiener Genossen eingeladenen Kinder, die am 20. Dezember abends durch die Arbeiterwohlfahrt nach Wien gebracht worden sind, sind dort nach langer Fahrt wohlbehalten angekommen. Die Pflegeeltern haben treulich die dreistündige Verspätung des Zuges abgewartet und sind dann mit glücklichen Gesichtern, ihre Berliner Kinder an der Hand, heimgegangen.

Weihnachtsarbeit der Feuerwehr.

Bei einem Dachstuhlbrande in der Dennewitzstraße 19 an der Lutherkirche ist es zu einer recht bedauerlichen Ausschreitung gekommen. Ein Schupobeamter, der dort Dienst tat und in der höflichsten Weise einen Radfahrer, der dort nichts zu suchen hatte, aufforderte, in der Einfahrt zur Brandstelle der Feuerwehr Platz zu machen, damit sie bei ihrem Arbeiten nicht behindert würde, wurde von dem Radfahrer tätlich beleidigt, wobei ihm der Tschako vom Kopf geschlagen wurde. Der rabiate Radfahrer mußte gefesselt abgeführt werden. Während der Weihnachtsfeiertage hatte die Feuerwehr an vielen Stellen zu tun. U. a. auch in der Amerikanischen Botschaft, wo ein Heizkörper geplatzt war. Die Gefahr für das Haus Wilhelmplatz konnte schnell beseitigt werden. In der Fabrik von Eckart für landwirtschaftliche Maschinen in der Eckartstraße brannte es im Oberlichtsaal. Wegen eines Fabrikbrandes wurde der 7. Zug alarmiert. Die Flammen konnten auf ihren Herd beschränkt werden. Ein gefährlicher Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Ruppiner Str. 27, wo Brennmaterialien und Hausrat in Brand geraten waren. Ein Schuppenbrand kam aus unermittelter Ursache in der Münchener Straße 17 zum Ausbruch und verursachte erheblichen Schaden. Ein Atelierbrand veranlaßte das Ausrücken der Charlottenburger Wehr nach der Kantstr. 77. Wasserrohrbrüche, Platzen von Heizkörpern wurden von vielen Stellen gemeldet und zwangen die Feuerwehr zum Eingreifen.

Unglück oder Verbrechen?

In der Weihnachtsnacht wurde auf der Charlottenburger Chaussee zwischen Bahnhof Tiergarten und dem Großen Stern ein Mann besinnungslos und stark blutend aufgefunden. Die Schutzpolizei brachte ihn in das Krankenhaus Moabit, wo er ohne die Besinnung wieder zu erlangen, starb. Die Ermittlungen der benachrichtigten Kriminalpolizei ergaben, daß der Verstorbene der Schlosser Franz Rogalinski aus Charlottenburg, Frischestraße 39, ist. Ferner wurde ermittelt, daß Rogalinski aus einem fahrenden Automobil gestürzt sei, liegen blieb, während das Automobil in rasendem Tempo weiter gefahren ist. Dieses sollen zwei Herren und eine Dame beobachtet haben, sie werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei des Polizeiamtes Tiergarten, Kommissar Werner, zu melden.

Erhöhte Gebühren für Auslandspakete.

Vom 1. Januar 1924 an werden die Gebühren für Pakete nach und von dem Ausland erhöht. Die Erhöhung beträgt im allgemeinen bei Paketen bis zum Gewicht von 1 Kilogramm 30 Centimes, bis zum Gewicht von 5 Kilogramm 50 Centimes und bis zum Gewicht von 10 Kilogramm 80 Centimes. Bei Paketen nach Luxemburg, Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei werden besondere, gegenüber den bisherigen Gebühren, erhöhte Sätze eingeführt. Bei Paketen nach Freie Stadt Danzig, Kuba, Südafrikanische Union, Südwestafrika und Vereinigte Staaten von Amerika verbleibt es bis auf weiteres bei den bisherigen Gebühren. Nähere Einzelheiten über die neuen Paketgebühren nach dem Ausland sind bei den Postanstalten zu erfahren, die auch Auskunft über die vom 1. Januar ab für Postfrachtstücke nach dem Ausland geltenden Gebühren erteilen. Die auf Goldfranken lautenden Gebühren für Pakete nach dem Ausland werden vom 1. Januar 1924 an nach dem Verhältnis von 1 Goldfranken = 0,90 Steuermark umgerechnet.

Diebesbesuch in einer Gelddruckerei.

Für 120 400 Goldmark Eisenbahnnotgeld gestohlen.

Ein Einbruch in die Notgelddruckerei der Eisenbahn in der Stallschreiberstraße beschäftigt die Kriminalpolizei. Hier war in den Kellerräumen der Druckerei unter besonderer Bewachung von Beamten der Eisenbahn Notgeld, das demnächst vernichtet werden sollte, aufbewahrt worden. Es sind den Einbrechern sechs Pakete zu je tausend Stück 20-Billionen-Scheine, den Einbrechern sechs Pakete zu je tausend Stück und zwei Pakete zu ebenfalls je tausend Stück 200-Milliardenscheine in die Hände gefallen.

Die Kriminalpolizei ermittelte, daß hier ein von langer Hand vorbereiteter Einbruch vorlag. Der Pförtner der Druckerei Jost sowie der Bewachungsbeamte der Eisenbahn Teichmann, die von den Tätern nichts wissen wollten, mußten, nach den an Ort und Stelle angestellten Ermittlungen, und nachdem sie in Haft genommen waren, eingestehen, daß sie den Einbrechern nicht nur Gelegenheit zum Diebstahl, sondern auch, wenigstens Jost, mitgeholfen haben. Jost hatte vor einiger Zeit einen stellungslosen Kaufmann Max Wendorff kennengelernt. Dieser und sein Bruder Gustav Wendorff überredeten gemeinsam Jost, den Eisenbahnbeamten beiseite zu schaffen und sich in den Besitz des Geldes zu setzen. Zu diesem Zwecke hat Jost den Bewachungsbeamten Teichmann am 1. Weihnachtsfeiertag überredet, mit ihm ein in der Nähe gelegenes Lokal zu besuchen. Die beiden Brüder Wendorff kamen „zufällig" hinzu. Teichmann wurde betrunken gemacht, und nachdem man ihn in die Pförtnerloge zurückgebracht und hier seiner Schlüssel beraubt hatte, blieb Gustav Wendorf als Wache zurück, während Jost und Max Wendorff, der vor der Tür gewartet hatte, in den Raum drangen, in dem das Notgeld aufbewahrt war. Die letzte Tür, zu der sie keinen Schlüssel fanden, wurde aufgebrochen, die Geldpakete verpackt und Max Wendorff flüchtete mit der Beute. Der weiteren Nachforschung der Kriminalpolizei gelang es, Gustav Wendorff festzunehmen. Max Wendorff, der am 5. Dezember 1889 in Lübben geboren und in der Langen Straße 98/99 wohnte, ist 1,70 m groß, hat einen englisch gestutzten Schnurrbart, eine hohe Stirn und gutes gesundes Aussehen. Eine hohe Belohnung ist auf die Ermittlung Max Wendorffs und auf die Wiederherbeischaffung des Geldes ausgesetzt. Es ist anzunehmen, daß Wendorff, der seinen Mittätern von der gemachten Beute nichts abgegeben hat, versuchen wird, Berlin zu verlassen. Nachrichten, die vertraulich behandelt werden, nimmt Kriminalkommissar Getz, Zimmer 56 im Polizeipräsidium entgegen.

Der durchgebrannte Zeppelin.

In der Sahara gestrandet?

Das geheimnisvolle Verschwinden des französischen Luftschiffes „Dixmuiden" mit 50 Mann Besatzung stellt die französischen Fach- und Marinekreise vor ein schier unlösbares Rätsel. Trotz eifrigster Nachforschung, die seit drei Tagen von französischen Kriegsschiffen und Teilen des englischen und italienischen Mittelmeergeschwaders angestellt werden, ist es noch nicht gelungen, eine zuverlässige Nachricht über den Verbleib des Luftschiffes zu ermitteln. Man glaubt Anhaltspunkte dafür zu haben, daß der Luftkreuzer, nachdem er vom Sturme nach dem offenen Meer getrieben worden war, später von neuem sich nach dem Inneren Afrikas bewegte. Vierzig Flugzeuge, die, wie aus Tripolis gemeldet wird, sich auf die Suche nach der „Dixmuiden" begaben und die afrikanische Küste absuchten, sind ebenfalls unverrichteter Dinge nach ihrem Ausgangshafen zurückgekehrt. Eine Mitteilung des französischen Marineministeriums betont, daß bisher keine zuverlässigen Nachrichten über das Schicksal des Luftkreuzers eingetroffen seien. Man nimmt an, daß der Ballon in der afrikanischen Wüste gestrandet ist. Nach einer Meldung aus Toulon ist das ehemalige Zeppelinluftschiff „Dixmuiden" am 24. Dezember nachmittags um 4 Uhr westlich von Tatuin in Tunis gesichtet worden. Auf funkentelegraphischen Anruf gab der Zeppelin keine Antwort.

Ein deutscher Viermastschoner gestrandet. Aus Blockhus (Nordjütland) wird gemeldet, daß der deutsche Viermastschoner „Hermann Felds" aus Hamburg, von Hamburg nach dem Christianiafjord unterwegs, in der Weihnachtsnacht in der Jammerbucht zwischen Blockhus und Lökken gestrandet ist. Die Besatzung von 18 Mann wurde mit größter Mühe von dem Blockhuser Rettungsboot gerettet.

Neuer Erdstoß in Tokio. Nach einer Meldung aus New York ist durch einen neuen heftigen Erdstoß in Tokio eine Panik verursacht worden. Die entsetzten Bewohner glaubten an eine neue Katastrophe und flüchteten. Sie blieben mehrere Stunden lang außerhalb der Stadt und kehrten erst zurück, als die seismographischen Sachverständigen sie beruhigt hatten. Die Schäden sind unbedeutend, obwohl die nach dem großen Erdbeben neu errichteten Gebäude stark erschüttert worden sind.

Sport.

Radrennen am Kaiserdamm. Berlin hat jetzt seine zweite Winterbahn erhalten. Die mächtige Ausstellungshalle am Kaiserdamm hat in wenigen Tagen das Kleid einer Rennbahn erhalten; bis dicht zum Dach hinauf ziehen sich die Kurvenplätze. Die ausgezeichnete 200-Meter-Bahn ist am 1. Weihnachtsfeiertag, dem Tag der Eröffnung, der Schauplatz scharfer Kämpfe gewesen. Schon lange vor Beginn füllte sich das Haus und eifrig waren die Fahrer beim Training, unter ihnen alle „Größen" des Pedals, um sich noch schnell mit der Bahn vertraut zu machen.

Zum Prämienfahren über 30 Runden traten 15 Fahrer die Reise an, von denen 11 das Rennen beendeten. Nach scharfen Kämpfen um die Prämien siegte Rüblig vor Weber, dritter wurde Schönborn. Das Eröffnungsrennen mit 4 Vorläufen über je 3 Runden wurde mit scharfem Tempo gefahren. Unter den Siegern konnte sich Arend mit zum Endlauf der Zweiten eines jeden Vorlaufs plazieren. Den Endlauf der Zweiten gewann Arend nach schönem Spurt vor Hoffmann und Lehmer. Im Endlauf der Ersten siegte Schrage vor Stolz. Zum ersten Lauf über 4 Runden des Großen Weihnachtspreises traten Hahn, Lewanow, Saldow und Wittig an. Den Startschuß hierzu gab [illegible]. Wittig geht gleich vom Start mit großem Vorsprung los, wird aber im Endspurt von Hahn, Saldow und Lewanow geschlagen. Der zweite Lauf wird in derselben Reihenfolge beendet. Im letzten Lauf gibt es scharfe Kämpfe. Hier siegt ebenfalls Hahn schön vor Wittig und Lewanow. Im Klassement ist Hahn mit 12 Punkten vor Saldow, 8 Punkte, Sieger. Dritter wurde Wittig mit 5 Punkten. Das 24-Runden-Punktefahren gewann Schulz mit 11 Punkten vor Reinas mit 9 Punkten. Hiegel wurde mit 5 Punkten Dritter. Rübel und Vermeer wurden mit gleicher Punktzahl Vierte. Zum Stundenrennen für Straßenfahrer starteten 17 Fahrer. Runde um Runde wurde mit äußerst schnellem Tempo gefahren. Fahrer, die unter Defekten zu leiden hatten, wurden 6 Runden vergütet. Vorstöße und Sprengungen des Feldes wurden durch die Achtsamkeit der Fahrer verhindert. Scharfe Kämpfe brachten stets die Wertungen, die alle 10 Minuten stattfanden. Rich. Huschke, der in jeder Wertung placiert war, konnte bei 6 Wertungen fünfmal als Erster durchs Ziel gehen. Manthey veranlaßte die Spitze immer wieder zum Spurt, den dann Huschke geschickt ausnutzte. Ein böser Sturz warf einige Fahrer aus dem Rennen. [illegible] mußte von der Bahn getragen werden. Nach einer halben Stunde waren [illegible] und nach einer Stunde 38 940 Kilometer zurückgelegt. 11 Fahrer beendeten das schöne Rennen. Manthey belegte den zweiten und Kohl den dritten Platz. Resultate: Prämienfahren über 30 Runden: 1. Rüblig, 9 Minuten 03,4 Sekunden; 2. Weber; 3. Schönborn. Punktefahren über 24 Runden: 1. Schulz 7 Minuten 65 Sekunden, 11 Punkte, 2. Reinas, 9 Punkte, 3. Hiegel, 5 Punkte. Stundenrennen für Straßenfahrer: 1. Huschke, Rich., 38 940 Kilometer gefahren, 18 Punkte; 2. Manthey, 5 Punkte; 3. Kohl, 3 Punkte. Großer Weihnachtspreis über 4 Runden: 1. Hahn, 1 Min. 15,1 Sek., 12 Punkte; 2. Saldow, 8 Punkte; 3. Wittig, 5 Punkte. Eröffnungsrennen über 3 Runden: 1. Schrage, 0,43,4 Sekunden; 2. Stolz; 3. Häußler.

Gewerkschaftsbewegung

Kleinmut.

Die Entwicklung verläuft nicht in ununterbrochener aufsteigender Linie. Ihr Bild weist vielmehr immer wieder mehr oder minder tiefgehende rückläufige Bewegung auf. Dennoch geht sie vorwärts. Bei einiger Ueberlegung muß sich jeder Gewerkschaftsgenosse sagen, daß ein Krieg, wie wir ihn in Europa erlebt haben, nicht ohne gewaltige Rückwirkungen auf unseren Kulturzustand bleiben konnte. Noch stehen wir mitten drein in den Nachkriegsereignissen, sehen die Schäden zum Greifen deutlich, und unsere Genossen in den besetzten Gebieten fühlen sie leider noch tagtäglich am eigenen Leibe. Und dennoch übersehen wir in unserer begreiflichen Ungeduld vielfach die auf uns lastenden Kriegsfolgen, wobei wir weniger noch an die Reparationsleistungen zu denken brauchen als an die übrigen Rückschläge, die wir durch den Krieg erlitten haben. Für unser Wohlergehen, unsere Forderungen ans Leben wäre es sicherlich längst an der Zeit, daß wir an diese Dinge nicht mehr denken müßten, sie weit hinter uns, sie längst überwunden hätten. Wir können aber nun einmal unsere Wünsche nicht für Wirklichkeit nehmen, sondern müssen mit der Realität der Dinge rechnen, so sehr unangenehm es auch sein mag. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß wir uns nun ohne weiteres damit abzufinden hätten. Im Gegenteil, wir müssen alles daransetzen, was an uns liegt, die Scharten auszuwetzen, die gegenwärtigen Mißstände zu überwinden. Dabei aber begegnen wir in hohem Grade dem Kleinmut, der uns lähmt, anstatt der Entschlossenheit, die Dinge vorwärtszutreiben.

Gegenwärtig sieht es allerdings recht trübe aus. Wir sind Opfer einer schweren wirtschaftlichen Krise, aus der viele keinen Ausweg sehen. Diese Krise trifft uns härter als alle früheren Wirtschaftskrisen, weil wir noch mit unter den Kriegsnachwehen leiden. Da sehen wir denn, daß ein großer Teil derjenigen Arbeitsbrüder, die erst nach der Revolution zu uns gekommen sind in unsere Gewerkschaften, zu unserer Partei, mit allen Illusionen der Neubekehrten, sich nach und nach wieder innerlich zurückgezogen, jede Hoffnung aufgegeben haben und der alten Gleichgültigkeit verfallen ist. Ein anderer Teil wiederum ging zu der neuen und doch so alten „voll und ganz" radikalen Richtung über, in der naiven Auffassung, daß es nur des Willens und Mutes der Führer bedürfe, um mit einem Schlage oder doch einigen Schlägen unser Schicksal gründlich zu wenden. Verzweiflungsaktionen, Generalstreik und immer wieder Generalstreik, das sei das Zaubermittel, die Dinge in unserem Sinne zu lenken, die wirtschaftliche Macht zu erobern und die Herrschaft über sie zu behaupten.

Eines ist so verkehrt wie das andere. In beiden Fällen ist das Verhalten lediglich zurückzuführen auf den Kleinmut, auf die Unkenntnis der Dinge, mangelnde Ueberlegung und fehlendes Vertrauen zur eigenen Sache, zur eigenen Kraft. Dieser Kleinmut aber ist für unsere ganze Bewegung ein schwerer Fehler. Der Fatalismus schwächt unsere Kräfte, der Ueberradikalismus zersplittert sie obendrein, und den Vorteil davon haben unsere Gegner. Die Wirtschaftskrise allein könnte unsere Position nicht derart schwächen, wie es in Verbindung mit unserer Zersplitterung auf der einen und der Lethargie auf der anderen Seite der Fall ist. Wenn wir nicht längst aus Erfahrung wüßten, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krise unsere Lebenslage stärker bedrängt, unsere Stellung ungemein schwieriger, die des Unternehmers leichter ist, daß das Unternehmertum die ihm günstige Position gegen uns ausnützt, müßte es uns der klare Verstand sagen. Weiter aber, daß wir daraus die richtige Folgerung ziehen, einiger und geschlossener zusammenstehen müssen als sonst, um mit allen Kräften die Verlängerung der Arbeitszeit und die Verkürzung der Löhne abzuwehren. Statt dessen müssen wir uns erneut abmühen, die einen Arbeitsgenossen aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und die anderen aus ihren Revolutionshimmeln herunterzuholen, damit sie wieder auf unserem Boden stehen und mit uns kämpfen können, anstatt uns immer wieder zu schmähen, weil wir ihren Generalstreikphantasien nicht nachlaufen wollen.

Fort mit dem törichten, selbstmörderischen Kleinmut, in Reih und Glied zum Alltagskampf für das Ganze!

Aus dem oberschlesischen Knappschaftsverein.

Von der Ortsgruppe des ZdA. in Beuthen wird uns geschrieben:

Man sollte meinen, daß von einem sozialen Institut, wie die oberschlesische Knappschaft es darstellt, an ethisches [?] Empfinden verlangt werden könnte. Damit ist es aber beim Verstand der Knappschaft recht schlecht bestellt. Ein Beweis dafür ist die Kündigung des gesamten männlichen Pflegepersonals der bei Deutschland verbliebenen Lazarette Beuthen und Hindenburg. Das Pflegepersonal hat einige Stützen im Betriebsrätegesetz. Das scheint einer der Gründe zu sein, aus denen die Krankenpfleger entlassen werden sollen. Doch diesen Grund gibt man wohlweislich nicht an, da doch eine Masse anderer „stichhaltiger" Gründe vorhanden ist. Vorab der der Kostspieligkeit der Lazarettverwaltungen infolge zu hoher Lohnzahlung. Der Lohn eines Pflegers bewegt sich zwischen 70 und 90 Mark monatlich. Die Pfleger sind fast durchgängig seit 15 bis 30 Jahren in den Lazaretten tätig und Ernährer von Familien. Jetzt werden sie einfach auf die Straße gesetzt und dadurch zirka 250 Menschen (mit Familienmitgliedern zusammengerechnet) brotlos gemacht. An ihren Stellen sollen aber aus Sparsamkeitsgründen Ordensschwestern treten. Es ist aber noch zu bezweifeln, ob sich diese Art Pflege billiger stellt oder qualitativ besser ist. Für die Ordensschwestern muß geliefert werden: Aerztekost, d. h. also Verpflegung 1. Klasse, Wohn- und Schlafräume, dazu eine Kapelle zur Verrichtung der Andachten. Die Räume sind nicht vorhanden, müssen also erst gebaut werden. Außerdem soll freie Bekleidung, Wäsche, Taschengeld und an das Mutterhaus eine monatliche Abstandssumme gewährt werden. Die Schwestern sind nicht dazu da, um grobe Hausarbeiten zu verrichten, weshalb für diese Zwecke auch Hilfspersonal zu bezahlen wäre. Nun soll da ein Rechenkünstler den Beweis erbringen, daß diese Ausgaben im Vergleich zu den Löhnen der Pfleger niedriger sind. Ein solcher Künstler ist Herr Milde vom Knappschaftsvorstand wohl bestimmt nicht, denn sonst würde er schon andere Sparsamkeitsmöglichkeiten entdeckt haben. Hier wäre einiges über den Verwaltungsapparat und verschiedene andere Dinge zu erwähnen, doch ist dies vorläufig noch belanglos.

Zu verlangen wäre an erster Stelle, daß die ausgesprochenen Kündigungen unverzüglich zurückgenommen werden. Das zu fordern im Interesse der Arbeitnehmerschaft, wäre Angelegenheit der Knappschaftsältesten, der Betriebsräte und letzten Endes der Gewerkschaften. Ein Teil dieser Körperschaften hat bereits Beschwerde gegen das Vorgehen des Knappschaftsvorstandes erhoben. Die Beiträge der Arbeiter, die nicht gering bemessen sind, seien nicht dazu da, um eine bestimmte konfessionelle Anstalt zu unterstützen. Soll auf ein Gutachten eines vielleicht mit Zentrumskreisen eng in Fühlung stehenden Arztes oder Vorstandsmitgliedes der Knappschaft hin das betreffende Mutterhaus mit Mitteln der Knappschaft ausgehalten werden? Der Fürstbischof Dr. Bertram hat zu dieser Angelegenheit Stellung genommen und sah sich veranlaßt, ein Schreiben an den Knappschaftsvorstand zu richten, in welchem er ersucht, vorerst den Pflegern eine Stellung auf den Verbandswerken zu besorgen. Dadurch soll vermieden werden, daß das Personal brotlos wird, was in der oberschlesischen Arbeiterschaft einen gewissen Haß gegen die Orden und kirchlichen Einrichtungen heraufbeschwören würde. Diese Worte klingen viel offener als die Sparsamkeitsargumente des Herrn Milde.

Die oberschlesische Arbeiterschaft hat durch die Einführung der Pflege durch Ordensschwestern absolut nichts zu gewinnen; im Gegenteil eine unnötige Beitragsbelastung und evtl. eine Behandlung, die einem sehr großen Teil der Kriegsteilnehmer genügend in Erinnerung sein dürfte. Das Vorgehen der Knappschaft wird und muß an der entschlossenen Haltung der Mitglieder, also der Arbeiterschaft, scheitern.

Die Petersburger Arbeiterlöhne beliefen sich im Oktober, dem Ost-Expreß zufolge, durchschnittlich auf 28,30 Warenrubel, also etwa 82 Proz. des Vorkriegslohnes. Nachdem sie im März von 19,05 auf 23,49 Warenrubel gestiegen waren, haben sie die genannte Höhe erst nach mehrfachen Senkungen erreicht. In der Metallindustrie hob sich der Durchschnittslohn von 25,72 Warenrubel im September auf 30,01 im Oktober, mithin von 60 auf 70 Proz. des Vorkriegslohnes, in der Nähindustrie von 16,39 auf 22,44, in der Textilindustrie von 17,52 auf 20,30 Warenrubel (90 Proz. des Friedenslohnes). In der Lederindustrie sind im Oktober 95, in der Papier-, Tabak- und Nahrungsmittelindustrie 97 Proz. der Vorkriegslöhne erreicht worden.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt	Mai	3 816
„	Juni	7 650
„	Juli	37 651
„	August	586 045
„	September	15 000 000
„	Oktober	3 260 000 000
„	November	657 000 000 000
1.	Oktober	40 400 000
8.	„	109 100 000
15.	„	691 000 000
22.	„	3 045 000 000
29.	„	13 671 000 000
5.	November	88 500 000 000
12.	„	218 600 000 000
19.	„	831 000 000 000
26.	„	1 535 000 000 000
3.	Dezember	1 515 000 000 000
10.	„	1 269 000 000 000
17.	„	1 163 000 000 000
22.	„	1 150 000 000 000

Abnahme gegen die Vorwoche 1,1 Proz.

Der Preisabbau ist nach den amtlichen Preismessungen also fast zum Stillstand gekommen. Die Lebenshaltungskosten sind im Reichsdurchschnitt um 15 Proz. höher als nach dem Vorkriegsgoldstand. Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß die Einführung der Goldmieten das Gesamtniveau der Lebenshaltung wieder in die Höhe treiben muß, ebenso wie von der verkündeten Erhöhung der Umsatzsteuer preissteigernde Wirkungen befürchtet werden.

Zu verlangen ist auf der anderen Seite jedoch ein weiterer Preisabbau für industrielle Fertigwaren, die zum Teil infolge der Preispolitik der Rohstofferzeuger noch über die Geldentwertung hinaus im Preise gestiegen und inzwischen nicht entsprechend der Markbesserung gesunken sind.

Preispolitik des Branntweinmonopolamtes.

Uns wird geschrieben:

Das Reichsmonopolamt für Branntwein klagt mit Recht darüber, daß in den letzten Monaten der Absatz des für Trinkbranntweinzwecke benötigten Spiritus erheblich abgenommen hat. Es hat sich, um den Interessenten eine Anregung zum Kaufen zu geben, veranlaßt gesehen, den Spritpreis von 6 auf 4 M. herabzusetzen. Auch das wird nicht viel nützen, denn im freien Verkehr werden derartig große Mengen an Sprit angeboten zu einem Preise, mit dem das Monopolamt bei weitem nicht konkurrieren kann. 2,80 bis 3 M. werden jetzt höchstens für Trinkbranntwein gezahlt.

Man kann nun nicht umhin, festzustellen, daß an diesen Unterbietungen teilweise Notverkäufe schuld sind, aber auf der anderen Seite ist es auch die Preispolitik des Monopolamtes gewesen, die die niedrigen Angebote verschuldete. Im Mai d. J. verkaufte das Monopolamt an die bezugsberechtigten Trinkbranntweinhersteller der besetzten Gebiete Trinkbranntwein gegen Dreimonatswechsel. Diese Dreimonatsakzepte wurden nun nicht etwa wertbeständig, sondern sie wurden mit dem Papiermarknominalwert bezahlt, der auf dem Akzept stand. Damit hat an sich schon die Reichsmonopolverwaltung den Trinkbranntweinherstellern des Ruhrgebiets geradezu ein Geschenk gemacht. Der Sprit kostet diese ungefähr 15 Pf. pro Liter. Er liegt, da er nicht ins besetzte Gebiet transportiert werden konnte, in den Niederlagen der Monopolverwaltung im unbesetzten Gebiet. In Nordhausen befinden sich z. B. Tausende von Litern, die den Ruhrleuten gehören. Gleichzeitig ist es diesen auch möglich gewesen, sich mit ausländischem Sprit einzudecken, der ebenfalls im Preise erheblich niedriger war als der Monopolsprit. Wenn der Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet wieder freigegeben ist, wird sich das bemerkbar machen, indem die Schnapsfabrikanten an der Ruhr ihre Fabrikate natürlich erheblich billiger verkaufen als die Fabrikanten des unbesetzten Gebietes.

Sie gebrauchen die für sie im unbesetzten Gebiet lagernden Trinkbranntweine und verkaufen sie natürlich weit billiger, als das Monopolamt den Sprit verkaufen kann. Die Trinkbranntweinhersteller des unbesetzten Gebietes aber benutzen die Gelegenheit, um auf diese Weise ihren Rohstoffbedarf billig einzudecken. Würde mit diesen Treibereien der Alkoholkonsum vermindert, so wären wir die letzten, die das beklagten. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Jetzt kommen große Mengen an Trinkbranntwein zu Schleuderpreisen zum Verkauf, die den Konsum sogar steigern, ohne daß das Monopol Nutzen davon hat. Die Leidtragenden sind die Steuerzahler: das Branntweinmonopolamt setzt nichts ab, bringt keine Erträge, ja, wirtschaftet nicht einmal soviel heraus, daß es in der Lage ist, seine Beamten bezahlen zu können. Das im Staatssäckel entstehende Loch müssen natürlich wieder die Steuerzahler zustopfen. Das Ganze aber ist daraus entstanden, daß eine Behörde wieder einmal notleidenden Kapitalisten Zugeständnisse und Geschenke gemacht hat.

Die Doppelwährung in Rußland. In Rußland läuft neben dem Papierrubel, der sich immer mehr entwertet, wertbeständiges goldgedecktes Geld in Form der Tscherwonetznoten um. Die russische Wirtschaft leidet durch dieses Nebeneinander zweier Währungen in ähnlicher Weise, wie bei uns Stockungen und Schwierigkeiten zu verzeichnen waren, solange noch nicht ausreichend wertbeständige Zahlungsmittel im Verkehr waren. So befaßte sich kürzlich eine Konferenz der Banken und Industrievertreter mit der Frage der Sicherung der Industrie gegen Verluste infolge Mangels an Tscherwonetzen und der Differenz zwischen dem amtlichen und dem Freiverkehrkurse des Tscherwonez (5 bis 8 Proz.). Die Vertreter der Industrie wiesen auf die großen Schwierigkeiten hin, die der Industrie durch die Politik der Banken entstünden, Kredite in Sowjetrubel zu gewähren, deren Rückzahlung aber in Tscherwonetznoten zu verlangen. Die schnelle Steigerung des Tscherwonetzkurses verursache der Industrie große Verluste. So werde der Tscherwonez beispielsweise bei Kontoabhebungen nach dem Vormittagskurse berechnet, während die Zahlungen der Industrie am Nachmittag bereits zu einem weit höheren Kursstande erfolgen müßten. Beim Zuckertrust betrügen die hierdurch entstandenen Verluste z. B. 11 Proz. des Gesamtumsatzes. Die Konferenz beschloß die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur weiteren Bearbeitung dieser Frage.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Theater, Lichtspiele usw.

Deutsch. Theater 7½ Uhr: Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung

Kammerspiele 8 Uhr: Tageszeiten d. Liebe

Theater i. d. Königgrätzer Str. 8 Uhr Zwischen 9 und 9

Komödienhaus 8 U. Mexiko-Gold

Berliner Theater 7.30: Dolly

Rose-Theater 3½ Christnachtglück 7½: Die verschwundenen Zwillinge

Casino-Theater 8: Dienstmann Nr. 7 Berl. Volksstück in 3 Akten Vorher: Bunter Teil

Reichshallen-Th. Tägl. 7½ U. u. Sonnt. 3 U. Stettiner Sänger

SCALA 8 Uhr: Internat. Varieté

Th. i. Admiralspalast Allabendlich 7½ U.: Drunter und drüber

Comedia Valetti Lützowstr. 31 Kurf. 5198 8 Uhr: Emigranten Valetti, Schroth, Schott, Ihle, Ebner

Deutsch. Opernhaus 7½ U. 11. Vorst. zum Best. d. Volksspeis.: Mignon

Intimes Theater 8: Der Hinduprinz Der Schrei usw.

Lustspielhaus 8 Uhr: Vinzenz oder die Freundin bedeut. Männer

Metropol-Theater 7½ Uhr Marietta Operette v. Kollo

Neues Theat. a. Zoo 7½ Uhr Die Luxusfrau

Renaissance-Theat. 8 Uhr: Die zärtlich. Verwandten

Thalia-Theater 7½ Uhr: Pst! Pst!

Theater i. d. Kommandantenstr. 7½ Uhr: Die Postmeisterin

Wallner-Theater 8 U.: Sprung i. d. Ehe mit Leo Peukert

Volksbühne 7½ Uhr: Figaros Hochzeit

Lessing-Th. 7½ Was ihr wollt Freitag 7½: Michael Kramer

Dent. Künstler-Th. Alla endl. 7½: Señora

Komische Oper Alla endlich 7½ Die größte Revue des Kontinents: Die Welt ohne Schleier

Varieté-Spielplan Rauchen gestattet.

Th. a. Kottb. Tor Täglich 7½ Uhr u. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Elite-Sänger u. a. Weihnachten an der Ruhr

Nähgarn kauft Lothringer Str. 45 Norden 4631

Waffen

Große Volksoper im Theater des Westens 7½ Uhr: Rigoletto

Teppichen! Gr. Auswahl! Preiswert! Bernhard Strohmandel, Wallstr. 72, Fil. Spittelmarkt, Nicolsbg. Pl. 2

Damen- und Herren-Stoffe aller Art in großer Auswahl. Gabardine, Kammgarne, Tuche, Affenhaut, Flausche, Plüsche, Kleider-Samete, Anzug- u. Paletotstoffe. Paul Karle O. 34, Warschauer Straße 79.

Apollo-Theater Direktion: James Klein
7½ Uhr Täglich 7½ Uhr
BISMARCK
Welthistorisches Schauspiel in 3 Teilen von Emil Ludwig, in Szene gesetzt von Direktor James Klein
I. Teil (9 Bilder) „Volk und Krone"
Unter anderem: Auflösung des Landtages 1863
Ueber 200 Mitwirkende! In den Hauptrollen:
Bismarck . . . . Hans Mühlhofer } vom Staatstheater Berlin
v. Roon . . . . . Leopold v. Ledebur } vom Staatstheater Berlin
König Wilhelm I. . . Richard Starnburg vom Staatstheater Hannover
Königin Augusta . . Toni Tetzlaff
Kronprinz Friedrich Wilhelm . . . . Willy Gallwitz
Kronprinzessin Victoria . . . . Johanna Zimmermann
Graf v. Karolyi . . . Hugo Flink
Johanna v. Bismarck Helene Riechers
Lassalle . . . . . Alfred Haase
Dr. Virchow . . . . Max Bing
Herm. Bartels, Pelser, Hask, Aganowska, Demidoff, Falk etc.
Vorverkauf eröffnet! Ununterbrochen an der Theaterkasse!

Ausbau der Kinderfürsorge von Dr. Selma Schöler Auweck. Eine notwendige Schrift für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen. Goldmk. —,12 J. H. W. Dietz Nachflg. G. m. b. H. SW 68, Lindenstr. 3

Sparherde prakt. Weihn.-Gesch. Räumungshalb. von 17 bis 21 Goldmark. Wagner, Köpenicker Straße 71

JUMPER WOLLE für Kleiderstoffe, Strickwolle, beste Qualitäten, Wollvertrieb Alle Jakobstr. 92 (Hof).

Reste-Handlung Elsasserstr. 9. Reste in allen modernen Stoffarten. Schlagerpreise!

Verkäufe

Qualitätsteppiche, 200×300, 60 Goldmark an, prachtvolle Perfermuster. W. Schulz, Körnerstr. 6 (Lützowstraße).

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Rotenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Leihhaus Brunnenstraße 8. Großer Verkauf maßmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Taillenmäntel, Cutaways, Sportpelze, Gehpelze, Pelzjacken, Pelzmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse. Konkurrenzlos billig. Keine Lombardware. Bei Zahlung mit Goldanleihe 10 Prozent Rabatt. Firma achten!

Elegante Pelzmäntel, Nerzjacken, Fohlenjacken, Fehjacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse, Schals verkauft auffallend billig Goldmann, Kottbuser Tor, Eingang Dresdenerstraße 135.

Billiger als Stoffmäntel! Elegante Pelzjacken von 50 bis 100 Mark sowie alle Arten Pelzwaren auffallend billig. Auch für Wiederverkäufer. Pelzhaus Spitzer, Kommandantenstraße 27, Laden.

Leihhaus Moritzplatz 58a verkauft konkurrenzlos billig Kreuzfüchse, Blaufüchse, Silberfüchse, Wölfe, Sportpelze, Gehpelze, alle Arten Pelzmäntel, ferner Anzüge, Schlüpfer, Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Handtücher, Tischdecken.

Sportpelz, Opossumkragen, Pelzfutter 150, Gehpelz, Seekragen, Skunksfutter 185, Maßanzug, Wintermantel 40 Goldmark. Puttmann, Kanitstraße 8.

Pelzwaren halb umsonst Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115.

Elegante Herrengarderobe kauft jedermann noch zu billigsten Grundpreisen. Anzüge, Cutaways, Ulster, Sportpelze, Gummimäntel, Hosen, Joppen größte Auswahl. Fahrgeld wird vergütet. Lindel, Invalidenstraße 20, am Stettiner Bahnhof.

Möbel

Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchen, Klubsofas, Klubsessel, Nußbaummöbel, Korbmöbel, großer Posten verschiedener gebrauchter Möbel. Günstige Kaufgelegenheit. Möbelhaus Kamrling, Kottbuser Ufer 56.

Metallbetten, Chaiselongues 8 Goldmark an, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbrahtbett, Weide, Annenstraße 20, Querarbäube.

Patentmatratzen 17,45, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Musikinstrumente

Steinwegerpianos, Salonflügel, zu Fabrikpreisen verkauft Steinmeyer, Oranienstraße 166. Verkauf an Private bis 7 Uhr abends, nur III. Etage.

Pianos preiswert. Klaviermacher Lind, Brunnenstraße 35.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Lindenstraße 10.

Billardbälle, Elfenbein, kauft Dinger, Pelzerstr. 73.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Autozubehör kauft Goldberg, Schönhauser Allee 127.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

„Vorwärts"-Austrägerinnen werden sofort eingestellt Berlin: Lausitzer Platz 14/15 Wilhelmshavener Str. 41